

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1928

92 (7.8.1928)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-883413](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-883413)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld.

Annahmepreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 \mathcal{A} , Familienanzeigen 10 \mathcal{A} , auswärts 20 \mathcal{A} , Reklamazeile 50 \mathcal{A} .
Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einpruchsrecht. **Schließtag 10.**

Nr. 92.

Elsfleth, Dienstag, den 7. August

1928.

Chronik des Tages.

- Anfang Oktober findet im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz über das Schlichtungsverfahren statt.
- Am Sonntag fand auf der Aue eine Gefallenenerkundung durch die in Weßlau versammelten Vertreter der Marinevereine statt.
- In Danzig wurden die Verträge Danzigs mit Polen an der Spitze, die eine vorläufige Einigung über unstrittige Fragen bringen.
- Staatssekretär Kellogg hat das englisch-französische „Abkommen“ vom 12. April 1918 charakterisiert, daß es die wichtigsten Grundsätze der Rüstungen nicht fähig.
- Bei einer Probefahrt ist das Patenauto des Oberstleutnants IV. verunfallt worden.
- Bei einem Brande in Weßlau in Ostpreußen fanden drei Menschen um Leben.
- La Spécia, der Hauptkriegshafen Italiens, ist von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht worden.
- Die Bauhandwerker, Maurer und Zimmerleute in der Eisenindustrie in Oberschlesien sind in den Streik getreten.

Friedrich Ludwig Jahn.

Die deutsche Turnerschaft, Vereine, Behörden und Schulen rufen zur Feier des 150. Geburtstags Friedrich Ludwig Jahns am 11. August. Nicht nur in „Lang bei Leizen“, dem Geburtsort des Turnvaters, nicht nur in Freyburg im Unstruttal, in dem diesem Kämpfer für deutsche Weisen und deutsche Einheit vor 75 Jahren die Augen zugeknipft wurden, nicht nur in Wegeburg, das Jahns Wille in die Welt hallen und wehenen wird, unter die Großen der deutschen Nation: Im ganzen Reichsgebiet wird es Jahns feiern werden, werden weite Volkskreise Jahns gedenken und Städte und Gemeinden Straßen oder Plätze nach ihm benennen.

Friedrich Ludwig Jahn ist unserer Gegenwart kein Fremder. Sein Wert lebt fort, die geistigen Strömungen, die von ihm ausgingen, sind bei weitem noch nicht erloschen. Sein Name ist jedem Deutschen geläufig, als „Turnvater“ kennt ihn jedes Kind. Ueber den Wert der Leibesübungen für die geistige und körperliche Gesundheit besteht heute weithin Einigkeit. Jahns Verdienst ist es, 1811 der Turnkunst die Bahn freigemacht und sie der Erneuerung der moralischen und physischen Volkstracht nutzbar gemacht zu haben. Jahns Weg wird weiter beschritten, wenn überall Spiel- und Sportplätze errichtet werden und die Jugend aus den staubigen Straßen und dem häßlicheren herausgerissen wird. Verlassen aber wird der Weg, wenn im Sport alles auf Spitzleistungen abzielt, nach Mord und Verbrechen, nach „Kampfgeschicht“ werden.

Dübe Zweifel haben auch Spitzleistungen ihre Berechtigung und Allgemeinbedeutung, nur dürfen sie nicht den Blick dafür verduiteln, daß der Sport nicht jedem einzelnen Adressat zu Leistungen herausziehen, also wie Jahns Schöpfung des „Geräteunterrichts“, Einseitigkeit vermeiden und Vielseitigkeit wahren muß. Jahn hat dieses Ziel erreicht, er hat Männer herangezogen, die mit klaren Augen und kräftigen Muskeln durch die Welt gingen und im Dienste des Vaterlandes und im Alltagsleben ihren Mann standen.

Jahn ist aber nicht nur der „Turnvater“, er ist auch einer der entschiedensten Kämpfer für deutsches Volkstum und deutsche Einheit gewesen. 1813 kämpfte er im Völkerringen des Freiheitskampfes mit dem Schwert in der Hand für diese Ideale, nach dem Kriege wurde er nicht müde, in Wort und Schrift für die Schaffung eines neuen Reiches zu werden. Seine Vaterlandsliebe bewog ihn, hielt ihn aufrecht und ließ ihn auch die Erfahrungen bestehen, die ihm nicht erspart geblieben waren. Damals mitterten die Regierungen in den nationalen Bestrebungen eine gefährliche Sache, so daß die Vertreter der Einigungsbestrebungen der Verwirrung aussetzten. Davon machte auch Jahn keine Ausnahme. Einmal setzte er sich entschieden für die Verweigerung der Einheit ein, zum andern liebt er sie und da auch ein großes Wort. Weichen wir heute nicht mehr über diese Dinge. Damals wuchs sich das Nationalgefühl erst zu einem breiten Strom aus, ferner ist nicht zu übersehen, daß einer der größten Kämpfer im Dienste wider diese Bestrebungen, Wien, von dem Ertrinken der nationalen Bewegung — wie es später auch geschah — die Auflösung des Donaufaates bewirkte.

Was verfehlt wurde, ist heute wieder gutgemacht, und so leuchtet denn auf dem Grabe Jahns mit Recht die Aufschrift: „Die Nachwelt lebt in sein Ehren.“ Niemand zweifelt mehr daran, daß Jahn das Beste für Volk und Vaterland gewollt hat und Deutschland dem „Turnvater“ viel dankt. Auch heute noch enthalten Jahns Erkenntnisse erste Mahnungen für uns. Stellen seiner Schriften muten an, als wären

sie für die Gegenwart geschrieben. So z. B. wenn Jahn schrieb: „Ich läre mir kein ander Land zum Vaterland, stünd' mir auch frei die große Wahl.“ Was das nicht auch das Bekenntnis der Volksgenossen, denen der Verfall der Vertrag tatsächlich die Wahl stellte, ob sie beim Reiche verbleiben wollten oder nicht, und die trotz der deutschen Not ihr Volkstum nicht verletzten?

In die Zukunft weist aber auch der Absatz im „Deutschen Volkstum“, in dem Jahn sagt: „Noch sind wir nicht verloren, noch sind wir zu retten, aber nur durch uns selbst.“ Wir brauchen zur Wiedergeburt keine fremden Geburtsheifer, nicht fremde Arznei, unsere eigenen Hausmittel genügen.

Verhält es sich heute anders? Allerdings hat dieser Weg eine gewisse Voraussetzung: wir müssen wiederherstellen der sozialen und politischen Verhältnisse in den Dingen, in denen es erforderlich ist, eine wahre Volksgemeinschaft bilden. In Maßnahmen nach dieser Richtung fehlt es nicht, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart.

Abkommen Danzigs mit Polen.

Teilweise Freigabe der Westerplatte für Handelszwecke. — Danzig bleibt Angelegenheit für polnische Kriegsschiffe bis 1931.

Nach etwa fünfmonatiger Verhandlungsdauer wurden in Danzig mehrere Abkommen zwischen Danzig und Polen unterzeichnet. Das erste Vertragswerk stellt ein vorläufiges Abkommen über die teilweise Freigabe des polnischen Munitionslagerbestandes auf der Westerplatte für Handelszwecke dar. Die polnische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß unter Vorbehalt einer beiderseitigen je nach Umständen nicht nur wie bisher ausschließlich dem Umtrieb und der Durchgangslagerung von Kriegsmaterial und Explosivstoffen für Polen gemäß den Bestimmungen des Völkerbundesrats dienen soll, sondern daß auch ein Teil des Munitionbestandes, die sogenannte „Blauzone“ für allgemeine Handelszwecke, benutzt werden kann. Die Voraussetzungen am Meer sollen als öffentliche Güter behandelt werden, der Zoll- und Polizeidienst soll innerhalb dieses Teiles des Munitionbestandes in der gleichen Weise wie an den übrigen Stellen des Danziger Hafens durch Danziger Beamte ausgeübt werden. Die polnische Regierung hat aber das Recht, nach vorheriger Ankündigung die teilweise bzw. gänzliche Räumung des Munitionbestandes von Handelschiffen zu verlangen, um ihre Munitionstransporte entgegen zu können.

Der Danziger Polizeipräsident soll das Recht haben, die Westerplatte zu betreten, um sich jederzeit von der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften überzeugen zu können. Grundräßig halten Danzig und Polen den bisher vertretenen Standpunkt aufrecht.

Das zweite Abkommen betrifft die Frage des sogenannten Port d'attache, d. h. das Anlegen von polnischen Kriegsschiffen in Danziger Häfen. Danzig hatte ein diesbezügliches Abkommen vom 8. Oktober 1921 im vorigen Jahre geschlossen, da es der Ansicht war, daß der Hafen von Gdingen genügend ausgebaut sei und die polnischen Kriegsschiffe diesen Hafen zum Anlegen benutzen könnten. Die jetzigen Verhandlungen haben nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß Danzig die Kündigung einseitig zurücknimmt und das Abkommen bis zum 1. Juli 1931 verlängert wird. Die polnischen Kriegsschiffe können also vorläufig auch weiterhin den Danziger Häfen als Anlegehäfen benutzen. Die Frage soll nach drei Jahren erneut behandelt und einer endgültigen Regelung zugeführt werden.

Das dritte Abkommen betrifft die Einführung einer neuen Eisenbahnverkehrsordnung für Danzig, die sich eng an die polnische Eisenbahnverkehrsordnung anlehnen und am 1. November in Kraft treten wird. Die hoheitliche Danzigs sind insofern gewahrt, als es künftige Veränderungen der polnischen Eisenbahnverkehrsordnung auf Danziger Gebiet nur durchzuführen wird, wenn diese Veränderungen mit den Grundätzen des öffentlichen und privaten Danziger Rechts und mit den internationalen Verpflichtungen vereinbar sind.

Ueber die Tragweite der in Danzig unterzeichneten Abkommen ist zu sagen, daß sie eine vorläufige Regelung der Streitfragen bringen, die schon seit Jahren beim Völkerbund anhängig sind, ohne daß der Völkerbundsrat bisher eine Entscheidung herbeigeführt hat. Bedauerlich ist vor allem, daß polnische Kriegsschiffe noch einige Jahre das Recht behalten, in Danzig anzulegen.

Amerika gegen Flottenvertrag.

Erklärungen Kelloggs vor der Presse. — Das englisch-französische Abkommen keine Grundlage für eine allgemeine Abrüstung.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten Kellogg empfing Vertreter der Presse und gab eine vorläufige Erklärung über das Ergebnis der bisherigen Prüfung des englisch-französischen Rüstungskompromisses ab. Kellogg betonte, das Abkommen berühre Fragen, die bereits von Vertretern Amerikas, Frankreichs und Großbritanniens während der Sitzungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in den letzten Jahren erörtert wurden. Es befaße sich nur mit dem Grundsatz der Rüstungsbegrenzungen, ohne eine wirkliche Abrüstung zu sichern. Nach seiner Ansicht enthalte das Abkommen nichts, was der vorbereitenden Abrüstungskonferenz als Grundlage für eine allgemeine Abrüstung unterbreitet werden könnte. Kellogg legte weiter Nachdruck auf die Feststellung, daß das englisch-französische Abkommen und der Kriegsvertragsvertrag in keinerlei Beziehungen zueinander ständen. Im Augenblick sei er noch nicht in der Lage, die Zusammenhänge der amerikanischen Abordnung für die vorbereitende Abrüstungskonferenz bekanntzugeben.

Die Prüfung des Abkommens durch das amerikanische Marineministerium dauert noch an. In amerikanischen diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß erst eine sehr gründliche Prüfung nicht nur des Wortlautes, sondern des tieferen Sinnes des Abkommens die wahre Bedeutung erkennen lasse. Bisher ist es sicher, daß im amerikanischen Marineministerium das Abkommen nicht sehr begeistert aufgenommen wird.

Einberufung einer neuen Marinekonferenz.

Wie aus Paris gemeldet wird, gewinnt dort die Ansicht an Boden, daß die amerikanische Regierung nach Abschluß der Prüfung des englisch-französischen Abkommens diese Vereinbarungen lediglich als Unterlage für eine neue Erörterung annehmen und gleichzeitig die Einberufung einer neuen Marinekonferenz beantragen wird. Man glaubt, daß diese neue Flottenkonferenz noch vor dem Zusammentritt des vorbereitenden Abrüstungsausschusses stattfinden wird.

Greys Rat an Frankreich.

Neue Entwürfe über die britische Vorkriegspolitik Englands Anteil am Kriegsausbruch.

Aus dem soeben erschienenen neuen Band der britischen Außenveröffentlichung über die Vorkriegszeit werden neue Einzelheiten bekannt. Ein großer Teil der Dokumente vertritt den Nachweis zu erbringen, daß England, wenn es die im Jahre 1904 geschlossenen Entente mit Frankreich erhalten wollte, darauf angewiesen war, Frankreich nach dem Sturz Delcassés an der Algeiras-Konferenz, der ersten Prüfung der neuen Bindung Englands, nach Kräften zu unterstützen. Wichtig ist es, daß Grey dem französischen Reichshofier Cambon wiederholt auseinandergesetzt, er konnte mit Rücksicht auf das Parlament nicht im voraus erklären, in welchem Konfliktfalle England an Frankreichs Seite kämpfen werde. Ihnisch ist Grey Rat an Frankreich, es könne der englischen Stimmung nachhelfen, „wenn es sich angreifen lasse“.

Erhebungen über die Bahnsicherheit.

Die Zusammenlegung des mit der Untersuchung beauftragten Ausschusses.

Der Reichsverkehrsminister hat die Mitglieder des neugebildeten Ausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit auf der Reichsbahn ernannt. Den Vorsitz führt Oberbaurat Zirkler vom Reichsverkehrsministerium; im übrigen gehören dem Ausschuss noch die Reichstagsabgeordneten Dr. Linaas und Scheffel an, ferner die Professoren für Eisenbahnen Dr. Halter von der Technischen Hochschule in München und Dr. Pirath von der Technischen Hochschule in Stuttgart; der Verbandsgeschäftsführer Groß; vom Hauptbeamtenrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Eisenbahnsprekter Mondorf, vom Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Ratze, von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer der Lokomotivführer Paul Seife aus Dittersbach, Oberregierungsrat Dr. Reingruber (Reichsverkehrsministerium) und von der Reichsbahn-Gesellschaft Direktor Dr. Fromm (Dienstverhältnisseangelegenheiten) sowie Vizepräsident Senft (Oberbaufragen).

Bundestag der Marinevereine.

Vizeadmiral a. D. Roefing zum Vorsitzenden gewählt — Für die Pflege der Tradition. — Gefallenenfeier ehemaliger U-Bootsangehöriger.

Auf dem in Berlin abgehaltenen 33. Abgordnetenversammlung des Bundes deutscher Marinevereine wurde nach Ansprachen des Admirals Scherer und des Vortreters der Marineleitung Konteradmiral Brenzel, Vizeadmiral a. D. Roefing einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Konteradmiral Trendel, unter dessen Führung die Zahl der Mitglieder von 19 000 im Jahre 1919 auf 560 Vereine mit 45 000 Mitgliedern im letzten Jahre gestiegen ist, hatte sein Amt niedergelegt. Der übrige Vorstand wurde wiedergebildet. Nach einer kurzen Programmrede des neuen Vorsitzenden, in der die Pflege der Tradition als eine der wichtigsten Aufgaben der Marinevereine bezeichnet wurde, entspann sich eine längere Debatte über das Grenzmal für die gefallenen Marineangehörigen, das nunmehr hoffentlich bald seiner Bewirklichung entgegengeht.

Die ehemaligen Unterseebootsangehörigen vereinigten sich zu einem

Gedächtnisfeier im Spreepark

zu Ehren der gefallenen Kameraden. Vor dem Modell eines U-Bootes, das mit der Marinekriegsflagge und einem Ehrenkranz geschmückt war, hielten sich die „Blaujäger“ Flottillemeister auf. Stadtratsparter Sie. Dr. Schütz gedachte in seiner Gedächtnisrede der ruhmvollen Taten der deutschen Marine, insbesondere der U-Bootsbesatzungen. Die Besatzungen von 199 U-Booten — etwa 800 Offiziere und Mannschaften — seien nicht wieder in die Heimat zurückgeführt. Pflicht aller müsse es sein, das im Geiste festzuhalten, was die Gefallenen auf ihren Fahrten auf See befehlt haben: Treue, Tapferkeit und Pflichtbewußtsein gegenüber Volk und Vaterland.

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die eindrucksvolle Gedächtnisfeier ihren Abschluß.

Tagung der Gewerbeaufsichtsbeamten.

Zusammenarbeit mit den österreichischen Gewerbeinspektoren. — Um die Bewirklichung der Arbeitsaufsicht.

Der Verein deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten hielt in Hamburg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Bei der Beratung interner Angelegenheiten wurde ein näherer Zusammenschluß mit dem Verein österreichischer Gewerbeinspektoren in Aussicht genommen. Als nächstjähriger Tagungsort wurde München bestimmt. In einer Besprechung über die Umwidmung der Gewerbeaufsicht der Länder zu einer Reichsarbeitsaufsicht kamen die verschiedenen Ansichten zur Sprache. Während Regierungsgewerbeamt Dr. Preller-Velzig für den Ausbau zu einer Reichsarbeitsaufsicht unter Anleitung von Selbstverwaltungsausschüssen eintrat, warnte Regierungsrat Simon-Berlin, der frühere Leiter der preussischen Gewerbeaufsicht, vor einer vorzeitigen Vereinfachung. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums führte Ministerialdirektor Dr. Eißler aus, daß die Entscheidung über die Organisation der Arbeitsaufsicht bei der Reichsregierung in der nächsten Zeit fallen werde. Die Hauptversammlung deutscher mittlerer Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten trat für Vereinfachung der Arbeitsaufsicht ein und erklärte in dem diesbezüglichen Vorschlägen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates eine geeignete Grundlage für den weiteren Ausbau der gesamten deutschen Gewerbeaufsicht.

Wie sich Paris die Räumung denkt.

Die Räumung eine „Guns, kein Redy“ — sagt „Journal des Debats“.

Die Anwesenheit des französischen Unterrichtsministers Herriot in Köln gibt der Pariser Presse willkommenen Anlaß, um erneut die Frage der Rheinlandräumung aufzurollen. Man ist besorgt, daß die Zeit vergeht und den Pfandwert der Besetzung verringert. Wie sehr man auch jetzt noch bemüht ist, möglichst hohe Gegenleistungen für eine „vorzeitige“ Räumung herbeizubringen, erhellt daraus, daß die rechtsgerichteten französischen Zeitungen in Erregung geraten, weil Herriot in Köln nicht darauf hingewiesen hat, daß es eine Verhandlung ohne „Zuständnisse und gegenseitige Vorteile“ nicht gebe. Eine solche Erklärung

gibt man in Paris scheinbar für notwendig, weil Oberbürgermeister Adenauer davon sprach, Frankreich solle die Gelegenheit nicht verpassen, das Herz Deutschlands zu gewinnen, und Reichsminister a. D. Kütz in Lieberer-Einstimmung damit darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es an der Zeit ist, den Worten Taten folgen zu lassen. Etwas ganz Erstaunliches leistet sich aber die Zeitung „Journal des Debats“, die frank und frei erklärt, bei der Räumung der Rheinlande handle es sich nicht um ein Recht, sondern um eine Gunst! Und diese Gunst sei nicht das „Journal des Debats“ derart einzuschätzen, daß es sie dem Reiche hoch in Rechnung gestellt wissen will.

Kongreß Deutscher Jugendvereine.

Politik, ein Dienst, der um des Volkes Willen getan werden muß.

Zur Reichstagsung des Bundes Deutscher Jugendvereine in Oberwald sind aus allen Gauen Deutschlands, von der Saar und Ostpreußen und Riga, Tausende von Jungen und Mädcheln nach Oberwald gekommen. Die Stadt hatte Festmüch angelegt und überall herrschte frohes Leben. Zur Aussprache steht das Problem „Jugend und Volk, Jugend und Politik“. Nach einleitenden Gottesdiensten sprach der Saarländer De Haas über „Jugend und Politik“. Er führte aus, Politik sei ein Dienst, der um des Volkes Willen getan werden müsse. Von diesem Gesichtspunkt aus sei es abzulehnen, wenn man die Jugendlichen der politischen Entscheidung entziehen will. Soll die Neutralität nichts anderes bedeuten als ein Nicht-dabei-sein-wollen in politischen Dingen, so dürfe man sich nicht wundern, wenn die Jugend, die im Kampf um den Sinn ihres Lebens stehe, in politisch eindeutige Lager abgemindert sei. Dem Bürgerum fehle in der Gegenwart eine wirkliche politische Idee. Das Bürgerum lebe von dem Gut und der Ueberlieferung der bürgerlichen politischen Bewegung des vorigen Jahrhunderts.

Kriegshafen Spezia in Flammen.

Zahlreiche Todesopfer. — Das Feuer breitet sich weiter aus.

Der Hauptkriegshafen Italiens, Spezia, steht in Flammen. Eine in der Umgebung der Stadt gelegene Pulverfabrik stieg in der Nacht in die Luft. Das Unglück soll zahlreiche Todesopfer gefordert haben.

Infolge der Explosion ist dann die Stadt in Brand geraten. Das Feuer breitet sich mit großer Schnelligkeit aus. Eine Anzahl von Häusern mußten schnellstens geräumt werden. Bis Sonnabend war das Feuer noch nicht gelöscht, sondern droht auf den Flughäfen der Ansaldo-Werke überzugreifen. Die Flammen sind weithin zu sehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 6. August 1928.

— Der Schiffbauern-Verein fasste den Beschluß, den dritten Reichstagskongreß im Juli kommenden Jahres in München abzuhalten.

— Der stellvertretende Vorsitzende der deutschnationalen Reichsorganisation v. Hindenburg-Wilbau hatte im Auswärtigen Amt eine Unterredung über außenpolitische Fragen.

— Ein neuer Volkshäuser Argentinien in Berlin. Der dieser Tage in Berlin eingetroffene neue Volkshäuser Argentinien Dr. Westfall erklärte einem Pressevertreter gegenüber, daß es seine vornehmste Aufgabe darin erblicke, an dem wichtigsten deutsch-argentinischen Freundschaftsbündnis weiterzuarbeiten. Die argentinische Regierung wolle die Einwanderung und Kolonisation mit allen Mitteln fördern und auf diesem Gebiete neue Wege beschreiten, die auch dem deutschen Fleiß und dem deutschen Unternehmungsgestalt ausichtsreiche Betätigungsmöglichkeiten eröffnen würden.

— Reichsanwalt Müller und die Kolonialpolitik. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich bei den von einer sächsischen Zeitung veröffentlichten Äußerungen des sächsischen Reichsanwalts Müller zur Kolonialpolitik um Teile einer Antwort, die Müller-Franken im vorigen Jahre — also vor seiner Ernennung zum Reichsanwalt — auf eine von einer Zeitschrift beantragte Rundfrage über die Kolonialfrage erteilt hat.

— Staatssekretär von Schubert wieder genesen. Staatssekretär von Schubert, der an einer eitrigen Nierenkolik erkrankt war, ist nunmehr wieder hergestellt. Er hatte während seines Krankseins die Geschäfte zum größten Teil vom Bett aus erledigt.

Rundschau im Ausland.

Die Wanklingregierung hat Alfred See zu ihrem Hauptvertreter beim Völkerbund ernannt und den Reichstag gewählt, die noch nicht beglichenen Mitgliedsbeiträge China zu bezahlen.

Auch England zu einem Vorkommen mit Wankling bereit.

In schriftlicher Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage stellt der britische Außenminister Chamberlain fest, daß er bereit wäre, mit der Wanklingregierung über ein Abkommen, nämlich dem zwischen den Vereinigten Staaten und Wankling geschlossenen Vertrag, zu verhandeln. Dem britischen Gesandten sei auch bereits eine diesbezügliche Anfrage der Wanklingregierung zugegangen.

Die deutsche Delegation für den türkischen Wanklingkongreß.

Die deutsche Delegation für den am 24. August in Prag beginnenden Internationalen Wanklingkongreß sind u. a. besuchen die acht deutschen Komiteemitglieder des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Aktion, darunter Universitätsprofessor Dr. Titius und Reichsgerichtspräsident Simons. Ferner wird von der Deutschen Vereinigung des Weltbundes eine Anzahl bekannter Vertreter der sozialen und charitativen Arbeit der Frauen- und Jugendorganisationen uhm. eingeladen worden.

Aus Stadt und Land.

Fünfte Volkswolflotterie. Die Auspielung einer fünften „Volkswolflotterie zur Förderung von sozialen und kulturellen Zwecken“ mit einem Spielkapital (einschließlich Reichslostersteuer) von 1 600 000 RM. ist für Preußen genehmigt worden. Die Gewinne betragen 430 000 RM. Der Reinertrag beläuft sich auf 315 000 RM. Der Preis des einzelnen Loses ist 1 RM. Als Ziehungstermin ist die Zeit vom 7. bis 13. November d. J. bestimmt worden.

Eine Erinnerung an die Einwohnerwehr. Das Polizeipräsidium Berlin teilt mit: „In dem Keller eines Hauses in der Friedrichstraße wurden von den Beamten der politischen Polizei 742 Gewehrpatronen und eine Parabelkumpistol vorgefunden und beschlagnahmt. Die Gegenstände waren im Besitz eines Hausbesizers, der sie als ehemaliger Führer der früheren Einwohnerwehr widerrechtlich aufbewahrt und nicht abgeliefert hatte. Strafverfahren ist eingeleitet.“

Wolfsangriff auf der Müritz. Auf der Müritz in Medienburg ist bei starkem und gefährlichem Nordweststurm ein mit zwei Ruderen und einem Steuermann besetztes Berliner Sportboot schwer verunglückt. In der Nähe der Dirschhof Boel schlugen die Wellen in das Boot, das bald darauf umschlug. Während zweier der Insassen mit großer Mühe gerettet werden konnte, hat der Ruderer Rudolf Gronzdie aus Berlin-Niederschöneweide den Tod in den Fluten gefunden. Die Leiche des Verunglückten ist noch nicht geborgen.

Drei Tote bei einem Brande. In Wehlau in Ostpreußen brach in einem zweistöckigen Haus Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Ein junges Mädchen und zwei Kinder kamen in den Flammen um. Mehrere Personen sprangen mit schweren Brandwunden aus dem brennenden Haus und zogen sich bei dem Aufprall auf dem Steinboden lebensgefährliche Verletzungen zu. An der Brandstätte spielten sich jetzt erregende Szenen ab.

Waldweib in Gießen. Der Kassenbote einer Bank in Gießen wurde am hellen Tage von zwei Männern überfallen, als er von der Reichsbank nach seiner Dienststelle zurückkehrte. Der eine der beiden Männer trieb ihm die beiden Aktentaschen, die er trug. Darauf sprangen beide Männer auf ein in der Nähe haltendes Auto zu. Der Kassenbote ließ ihnen nach, es gelang ihm, die eine Tasche wieder an sich zu reißen. Darauf hielt der zweite Verbrecher den Ueberfallenen mit einem Revolver solange in Schach, bis das Auto sich in Bewegung setzte und die Täter davonfahren konnten.

Um die Frankfurter Messe. Maßgebende Kreise der Industrie, des Handels, der Banken, der Kaufmannschaft und des Handwerks haben eine Aktion zugunsten der Frankfurter Messen eingeleitet, deren weitere finanzielle Unterstützung von der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden war. In einer Sitzung wurde beschloffen, einen Verein zur Aufrechterhaltung der Frankfurter Messen ins Leben zu rufen.

Unglückliche Liebe. In einem Walde bei Teichm

Die Toten schweigen nicht . . .

Roman von Lola Stein.

Und Erik. Erik, der ihr Verlobter war und bald ihr Mann heißen würde. Dieser lebenswürdigste und egoistische, leichtsinnige und begabte, treulose und dann wieder vor Liebe und Empfindsamkeit überhäufte Erik. Dieses Gemisch aus hundert guten und schlechten Eigenschaften. Dieser verführerische und genußsuchtliche Mann, der plötzlich wieder zum bittern, schmeißelnden Jungen wurde. Der auch behauptete, sie zu brauchen, sie zu lieben, zu dem sie nun einmal gehörte durch ein heiliges Gelübnis. Doch der sie innerlich einsam ließ und leer. Der ihr nie Schutz und Geborgenheit bedeuten würde, nie Raub und nie wahrhaftes Glück.

Ja, sie war sehr allein, seit Herbert Ruperto sie allein gelassen hatte. Sie war sehr einsam. Und unsäglich traurig.

Blödsinnig zuckte Elena zusammen und richtete sich in jäher Erregung empor. Der Mann, an den sie unausgesetzt dachte, ging, wenige Schritte von ihr entfernt, auf dem Bürgersteig.

Das Auto mußte hier an der Ecke der Bellevuestraße auf den Wink des Schuttmannes, der auf dem Potsdamer Platz stand und den Verkehr regelte, halten. Und unter den Fußgängern, die durch diese belebte Straße fluteten, sah Elena Herbert Ruperto.

Der Mann fühlte ihren zwingende. „Blid.“ Er wandte seine Augen der Richtung zu, in der sie saß, sah sie, erschrocken sichtlich, wie sie erschrocken war und zog gräßlich den Hut. Aber er machte keine Bewegung, um an den wartenden Wagen heranzutreten, ja, es schien, als ob er wortlos weitergehen wollte.

Das konnte Elena nicht ertragen. Sie erhob sich.

„Ich gebe zu Fuß nach Hause, fahren Sie allein“, sagte sie hastig zum Chauffeur. Und nun, da er sie das Auto verlassen sah, mußte Herbert Ruperto stehen bleiben, denn sie war schon dicht vor ihm.

Er küßte ihre Hand. „Mein gnädiges Fräulein.“ Der förmliche Ton tat ihr weh.

„Geben Sie einige Minuten Zeit für mich, Herr Ruperto? Ich möchte Sie gern etwas fragen.“

„Sie haben über mich zu befehlen, gnädiges Fräulein.“ Elena blickte dem davonjagenden Auto nach. Sie hätte Ruperto doch lieber in den Wagen bitten sollen. Nun war es zu spät. Jetzt standen sie im Gemüßel der Straße unter den vielen fremden Menschen. Wohin nun?

„Wenn Sie Zeit haben, möchte ich zu Fuß nach Hause gehen, wenn Sie mich begleiten wollen?“

„Selbstverständlich, gnädiges Fräulein.“

Zuerst gingen sie schweigend nebeneinander, bis sie den Tiergarten erreicht hatten. Es hatte vorhin geregnet, darum war er heute wenig belebt. Aber nun war es trocken und wärmer, als es am Tage gewesen. Sie gingen nicht den direkten Weg. Ohne sich zu verständigen, wählten sie wie selbstverständlich Seitenpfade, die ziemlich ruhig und menschenleer an diesem Spätnachmittag im Juni waren.

An warmen, sonnigen Tagen fand man hier keine unbefestigte Bank. Heute aber war es still und wie geschaffen für eine Aussprache zwischen zwei Menschen.

Sie hatten nur gelegentlich miteinander geäußert gesprochen, nach dem gegenseitigen Ergehen gefragt. Elena erkundigte sich nach Herberts Arbeit, und er sagte, daß sein Bau immer fortwähre und daß er zufrieden sei.

„Inmer wieder haben Sie sich an. Einmalig verflohen, von der Seite. Und fanden sich beide blaß, schmäler geworden, gewahrten beide den verbärteten, kummervollen Ausdruck in den Augen des geliebten andern, die große

Fruchtigkeit, die Sehnsucht, unter der sie gleichermäßen litten.

Und nun fanden sich auch ihre Augen und ließen sich nicht mehr los. Diese ersten, traurigen Augen der beiden Menschen, in denen eine abgrundtiefe Sehnsucht nach einander lag.

„Jetzt, da ein Zufall — oder war es das Schicksal? — sie wieder zueinander geführt hatte, schien es beiden unnatürlich, noch länger Versteht zu spielen.“

„Was wollen Sie mich fragen, Elena?“ forschte der Mann. Nun wieder mit dem alten Ton tiefer Herzlichkeit, den sie so sehr an ihm liebte.

„Warum Sie uns plötzlich meiden?“ stieß das Mädchen heraus. „Was haben wir Ihnen getan, Herr Ruperto?“

„Er lächelte ihrer schmerzlich. „Sie haben mir immer nur Schönes und Gutes und Liebes, Elena, seit ich Sie kenne.“

„Warum aber weichen Sie mir aus, ohne daß etwas vorgefallen wäre? Ohne Grund!“

„Ist es wirklich ohne Grund? Ist nichts zwischen uns vorgefallen? Nennen Sie jene Aussprache an dem letzten Abend unseres Zusammenseins wirklich ohne Grund, Elena?“

„Klammern ich über ihr schönes Gesicht, das soeben noch bleich war. „Warum aber meiden Sie Erik?“ fragte sie hastig. „Er hat Ihnen doch nichts. Und er versteht Sie nicht.“

„Er tat mir viel, Elena.“

„Nein, das ist eine ganz falsche Auffassung. Ich kann Sie nicht mehr verstehen. Willentlich hat Ihnen Erik nichts. Er ist Ihr Freund, er hält unendlich viel von Ihnen. Und ganz plötzlich entziehen Sie ihm Ihre Freundschaft, gehen ihm aus dem Wege, lassen sich vor ihm verurteilen, ohne daß er den Grund abgeben könnte.“

Und ebenso plötzlich haben Sie auch mir Ihre Freundschaft entzogen.“

(Fortsetzung folgt.)

ist es, durch Beseitigung der Mißstände dem Schuhmachergewerbe seine Existenzgrundlage zu sichern.

Die Gemeindevorsteher der vier südlichen Umländer Wildeshausen, Westha, Cloppenburg, Friesoythe haben sich in einer Sitzung mit der Finanznot der Landgemeinden beschäftigt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung dringend ersucht wird, auf keinen Fall eine weitere Erhöhung des Zuschlages zur Grundsteuer und eine Verringerung des Finanzausgleiches zu Ungunsten der Landgemeinden zuzulassen. Wenn die Städte eine Verringerung des Finanzausgleiches wünschten, damit die Landgemeinden stärker belastet würden, so sollten die Städte zunächst einmal darauf verzichten, „Wünsche im Sinne des modernen Fortschritts“ nicht in dem Tempo zu erfüllen, wie es geschehe und bei der Not der Zeit Steuern erheben müsse. Die Städte schafften sich große Anlangen, während die Landgemeinden nicht einmal mehr ihre von den städtischen Lastwagen zerfahrenen Straßen notwendig ausbessern können. Jede Verringerung des Finanzausgleiches zu Ungunsten des platten Landes würde daher einen Sturm der Entrüstung wecken. Andererseits vertreten auch die Landgemeinden den Standpunkt, daß Einnahmen irgend wie geschaffen werden müssen.

Warnung vor Giftpflanzen! Aus Papenburg wird berichtet: Unter Vergiftungserscheinungen erkrankten in der vorigen Woche zwei Kinder einer hiesigen Familie in der Wiefe. Die herbeigerufenen Ärzte stellten fest, daß es sich um eine schwere Vergiftung handelte. Die Kinder hatten beim Spielen Früchte des giftigen Nachtschattens gegessen. Durch geeignete Gegenmaßnahmen gelang es, die Kinder vom Tode zu retten.

RH. Wo bleibt die Senkung der Realsteuern? Ueber die starke steuerliche Belastung wird seitens der gesamten deutschen Wirtschaft ständig Klage geführt. Mit Recht hat darüber noch kürzlich der Reichsverband des deutschen Handwerks einen Ausgleich der Belastungen und insbesondere einen wesentlichen Abbau der drückenden Realsteuern gefordert. Gerade auf die letzteren Steuern hat das Handwerk immer wieder hingewiesen, eine Belastung, die umso schwerer empfunden wird, als fast durchweg in den städtischen Kollegien die Vertreter der Gruppen den Vorlagen zur Erhöhung dieser Steuern zustimmen, die sie nicht zu entrichten brauchen. Der Gesetzgeber hat die schwere Last von Handwerk und Gewerbe anerkannt und zu ihrer Abhilfe ausdrücklich in § 4 a des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925 in der Fassung vom 9. April 1927 die Länder verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, daß die Mehrerträge der Ueberweisungen aus der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, die über den Betrag von 2,4 Milliarden Reichsmark hinausgehen, in erster Linie zur Senkung der Grund- und Gebäudesteuern und Gewerbesteuern unter das am 31. März 1927 gegebene Maß verwendet werden. Bekanntlich hat das angeführte Gesetz die sogenannte Garantiesumme an die Länder und Gemeinden auf 2,6 Milliarden RM erhöht. Leider hat man von einer auf Grund dieser Bestimmung erfolgten Herabsetzung der Realsteuerzuschläge, die eine wesentliche Erleichterung gebracht hätte, nichts gehört. Die ansfangs Juni vom Reichsminister der Finanzen dem Reichstag vorgelegte Leberficht über die Gestaltung der Reichseinnahmen und -ausgaben in den Rechnungsjahren 1924 bis 1928 weist überraschenderweise aus, daß die den Ländern vom Reich zugeflossenen Steuerbeträge für 1927 ein Rechnungsergebnis von 3 011 761 153 RM hatten. Somit hätten 611 Millionen RM zur Senkung der Realsteuern im verflohenen Haushaltsjahr zur Verfügung gestanden. Wie ersichtend für die Wirtschaft sich eine Verwendung dieser Ueberweisungen in dem vorgeschriebenen Sinne ausgewirkt hätte, mag daraus hervorgehen, daß das gesamte Aufkommen an Realsteuern für 1927 (ohne Hauszinssteuer) mit rund 2 Milliarden RM angenommen werden kann. Demnach hätten die Zuschläge zu den Realsteuern, roh gerechnet, um ein Drittel ermäßigt werden können. Die Ueberweisungen für das Rechnungsjahr 1928 sind nach dem Haushaltsplan für 1928 mit 3 217 817 000 RM angelegt, sodas vorausichtlich über 800 Millionen RM zur Senkung

der Realsteuern im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. Es wird Aufgabe der Wirtschaftsvertreter in den städtischen Kollegien sein, mit allem Nachdruck auf diese Zusammenhänge hinzuwirken. Mit großem Interesse kann auch die durch den kürzlichen Reichstagsantrag der Abgeordneten Scholz und Genossen geforderte Denkschrift erwartet werden, die Auskunft geben soll über die Steuerentlastungen, welche die Länder und Gemeinden auf Grund des § 4 a des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen haben.

§ Oldenburg. Vorläufiger Ausgang des Käsekrieges. Wie berichtet, entbrannte vor einigen Monaten eine Streitfrage gegen den Kaufmann Wohnung einerseits und sämtlichen Käsegeschäften in der Landeshauptstadt andererseits. M. hatte zu verfertigten Malen einen Waggon Käse aus Holland kommen lassen und verkaufte den Käse zu unfällig billigen Preisen unmittelbar aus dem Waggon am Stau. Als ein solcher Verkauf zum zweiten Male vorgenommen wurde, gaben die Gegner bekannt, daß in ihren Geschäften an dem Tage Käse zu den gleichen Preisen zu haben sei. In der Gegend der Verkaufsstelle am Stau wurden große Plakate herum getragen, auf denen noch besonders auf diesen Verkauf in den Geschäften nachdrücklich aufmerksam gemacht wurde. Nachdem M. zum 3. Male aus dem Waggon billig verkaufte, wurde gegen ihn Anzeige erstattet wegen Uebertretung des Lebensmittelgesetzes und unlauteren Wettbewerbs. Es wurde namentlich beanstandet, daß er den Käse als „feinen Rahmkäse“ angepriesen habe. Die Handelskammer hatte in dieser Angelegenheit ein Gutachten abgegeben, das für M. ungünstig lautete, und so brummte das Amtsgericht ihm eine Geldstrafe von 50 RM auf. M. hatte geltend gemacht, daß viele Geschäftleute in Oldenburg den gleichen Käse ebenfalls als „feinen Rahmkäse“ verkauft hätten, und stellte in Aussicht, daß er gegen sie ebenfalls Anzeige erstatten werde. Da er außerdem Verurteilung einlegte, wurde man gespannt darauf sein, wie die Strafkammer sich zu diesem Urteil verhält. Es sei noch bemerkt, daß M. verboten worden ist, fernerhin aus dem Waggon wieder Käse zu verkaufen. — Wieder einmal die unverhüllte Senfe. Die Frau eines Landmanns in Hatterwilling lehnte mit einer Senfe, deren Schneide sie nicht umwidelt hatte, wie es streng vorgeschrieben ist, von Felde nach Hause zurück. Zufolge eines unglücklichen Zufalls schmitz sie sich die Spate des rechten Fußes ganz ab. Nach einem Notverband mußte sie in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert werden. — Zwei Monate Gefängnis, die für alle derartige Fälle vorgesehene Strafe, erhielt der Kellner Klotz, der im Uebermut nach einer Bierreise nachlässigerweise ohne Grund einen Feuermelder in Tätigkeit gesetzt hatte. Auch er suchte sich „nach berühmten Mustern“ damit heraus zu reden, daß er den Unfug aus Versehen verübt habe. — In das Gefängnis nach hier überführt wurden Sparfassen-Direktor Klinkerenten und Prokurist Dalchow aus Varel, die beschuldigt sind, die Finanzkatastrophe herbeigeführt zu haben. — Ein hervorragender Polizeibund. Zu er am Donnerstag in der Alexanderstraße stattgefundenen Gendarmen-Dienstprüfung (Staatsprüfung) ist folgendes bemerkenswert: Die bekannte Polizeihündin „Lotte von Rosenmoor“ des Gendarmenkommissars Schreiber in Hude, die wiederum mit 285 Punkten in der Bewertung „Vorzüglich“ als bestes Tier abgibt, ist als Inhaberin familiärer Merkmale anzupreisen. Sie erreichte bislang in 74 Siegen 54 mal das Prädikat „Vorzüglich“. Bei der Austragung des Leistungsfähigkeitswettbewerbs von Deutschland nahm die Hündin zu wiederholten Malen teil und hatte ihren Platz stets an führender Stelle, u. a. in den Städten München, Dortmund, Nordhausen, Krefeld und Bremen.

§ Oldenburg. Ein großer Brand brach in der Nacht von Donnerstag auf Freitag um etwa 2 Uhr in der inneren Stadt aus, der Angst und Schrecken unter den Anwohnern hervorrief. Es war der große zweistöckige Lagergeschuppen der Firma Vallin & Comp., Inhaber Siegfried Weinberg, der zwischen der Saarenstraße und der Burgstraße gelegen ist, plötzlich vollständig in Brand geraten. Das Feuer fand an den Vorräten an Lumpen, Knochen, Altpapier und Lohf reiche Nahrung.

Die Feuerwehr war wenige Minuten nach Meldung mit 4 Motorspritzen am Platze und bekämpfte den Brand mit 9 Schläuchen. Der große Lagergeschuppen ist ganz ausgebrannt, es ist ein großes Glück gewesen, daß es völlig windstill war. Trotzdem flogen in den Straßen der inneren Stadt, namentlich der Saaren-, Lange- und Gaffstraße brennende Papierfetzen umher, die aber, da die Gebäude mit hartem Dach versehen sind, keinen Schaden anrichteten.

* Scholt. Ueber die Ursache des Eisenbahnunfalls am 2. August in Dohlt wird von der Pressestelle der Reichsbahndirektion Oldenburg geschrieben: Bei der Untersuchung des Betriebsunfalls in Dohlt hat sich festgestellt, daß die eine Zunge der Weiche 19, in der die Entgleisung stattfand, und die bei der eine Woche zurückliegenden Stellwerksrevision völlig in Ordnung befunden worden war, nicht vollkommen fest an der Badenstange anlag, sondern daß sich infolge von aufgetretenen Spannungen in der Weiche ein 2 Millimeter breiter Zwischenraum zwischen Zunge und Schiene gebildet hatte, was sich weder gefühllich noch vorhineinsichtig ist. Ferner war der eine Handkranz der vorderen Kaufschne der Weiche etwas abgefahren; die Grenze des zulässigen Maßes war aber auch hier noch nicht erreicht. Jeder der beiden Mängel konnte an und für sich eine Entgleisung nicht herbeiführen; ihr zufälliges Zusammenwirken jedoch den Unfall zur Folge gehabt haben, da weder der Weiche noch an der Maschine weitere Mängel festgestellt wurden.

* Augustsehn. Von zwei Kriminalbeamten des Ludwigschafen wurde bei der Firma Fromberg während des Einbaus der Kühlanlage beschäftigte Monteur Schwarzwälder aufgehoht und mit dem Zuge nach Ludwigschafen transportiert. Der Monteur steht in dem dringenden Verdacht, Spionage zugunsten der Franzosen getrieben zu haben. Ihm wird zur Last gelegt, militärische Geheimnisse an die Rheinlandbesatzung verraten zu haben. Richtigweise verurteilt auch, daß Schwarzwälder mit drei Komplizen, die bereits verhaftet sind, heimische Rüstung einer Fabrik aus Ludwigschafen an Frankreich verschickte hat. Schwarzwälder, der perfekt die französische Sprache beherrscht, hat 5—6 Jahre in Paris gearbeitet.

* Kirchwehe. Die Weiche des Baudirektors Hertel von hier, über dessen rätselhaftes Verschwinden vor etwa einem halben Jahre berichtet wurde, ist nun in der Uebermündung in Stettin ans Land gekommen. Die Weiche war mit einer größeren Menge Viehbeschwert, so daß sie lange Zeit unter dem Wasserfließen blieb. Hertel war seinerzeit mit einem Bautrupps der Firma Franke (Bremen) in Strassburg in der Wartung wo sie eine Wasserleitung für die Stadtverwaltung leitete. Die Arbeiten waren fertiggestellt, und am nächsten Tage sollte die Weiche in die Heimat angetrieben werden, infolge des eingetretenen Frostes erlitt die Weiche Schaden worden waren. Um diesen Schaden zu beheben, begab sich H. nach Stettin, um Dichtungsmaterial zu besorgen. Er verabredete mit einem Bekannten, sich nach Gesehnde der Geschäfte in einem Lokal zu treffen. Von dort aus ging H. nicht zurück. Als H. am andern Tage in Strassburg nicht wieder erschien, schlopfte man nach und nach nachrichtete die Polizei. Trotz eifrigem Suchens und Veröffentlichen des Bildnisses und der Beschreibung des Vermissten war keine Spur anzufinden. Jetzt kommt nämlich die Genossenschaft, daß der Vermisste tot ist. Ein harter Schlag für die lange in banger Erwartung gelebten Eltern und die Verlobte. Auf völlige Aufklärung des Falles wird wohl kaum zu rechnen sein. Jedenfalls ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß H. einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

* Osnabrück. Vor längerer Zeit war im nachgelassenen ein junger Mensch wegen ruhestörender Unterredungen bei der Feiligkeit in das Spriegenhaus gesperrt worden, das in gleicher Nacht in Flammen aufging, wobei der Häftling verbrannte. Jetzt hat sich die Staatsanwaltschaft der Sache angenommen, da man vermutet, daß das Feuer nicht durch ihn, sondern durch fremde Fahrlässigkeit entstanden ist.

Man beachte die billigen Sommerpreise! **Heizt**  Hohe Heizkraft, altbewährt, Sauber, billig, allbegehrt. **Bricketts** Man achte genau auf die Marke „Union“

Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Wehrder belegene, im Grundbuche der Gemeinde Bardenfleth, Band XI Artikel Nr. 453, groß 6 ha 50 a 20 qm, mit einem Grundsteuer-Neinnetrag von 329,50 M und einem Mietwert von 48.— M, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landwirts **Christian Gerhard Barenkamp in Wehrder** eingetragene Grundstück, am **17. Oktober 1928, vormittags 10 Uhr** durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.
Eisfleth, den 31. Juli 1928.
Amtsgericht.

Einmachgläser
Zubindegläser
Einmachtopfe
jeder Größe
billig und gut
Emil Haase.

Lammfleisch
empfiehlt
Hans Baumeister.

Briefumschläge
mit Firmenaufdruck
festigt an
L. Firk, Buchdruckerei

Verkauf
beste Ferkel,
8 Wochen alt.
B. Glüsing,
Deichstrüden.
Zu verkaufen gebrauchter
guterhaltener
Sparherd.
Nachfragen in der Geschäftsstelle.
Freiwillige
Feuerwehr des
Eisflether
Turnerbundes
Mittwoch, den 8. August,
abends 8 Uhr:
Uebung
Fehlende werden
gebrüht.
Der Hauptmann.

Einrahmen von Bildern,
schnell, sauber und billig
Größte Auswahl
moderner Bilderleisten
H. Bargmann,
Bilder-Einrahmungs-geschäft,
Peterstraße 6 u. Steinstr. 11.
Eisflether
Männer-
Gesangverein.
Nächster Uebungs-
abend Donnerstag
Uebung
zum **Feuerwehrfest.**
Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Eisfleth-Neuenfelde, 6. August 1928.
Heute morgen erschlopf nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere innig geliebte, unvergessliche Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante,
Frau Gerbardine Ostendorf,
verw. Busch, geb. Grube.
In unsagbarem Schmerz
Die tiefbetrübten Kinder und Angehörige.
Beerdigung: Donnerstag nachmittags 4 Uhr, von Oberree aus, auf dem Friedhof in Eisfleth. Etwa zugehörte Kranzpenden nach W w e. W r a g g e, L i e n e n.
Weinet nicht an meinem Grabe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh',
Denk' wie ich gelitten habe,
Ch' ich schloß die Augen zu.